

## **Beschluss des Landrats vom 13.11.2025**

Nr. 1439

### **38. Abschaffung Frühfranzösisch auf der Primarstufe**

2025/259; Protokoll: mko

**Anita Biedert** (SVP) informiert, dass mehrere Kantone – darunter Appenzell Ausserrhoden, Zürich und St. Gallen – Motionen zur Abschaffung des Frühfranzösischunterrichts eingereicht hätten. Eine entsprechende Motion wird hiermit auch für den Kanton Basel-Landschaft vorgelegt. Der Bund übt Druck aus beziehungsweise droht damit, die Kantone zu übersteuern und ihnen vorzuschreiben, dass ein solcher Schritt nicht zulässig wäre. Dario Rigo hat zu diesem Thema einen lobenswerten Leserbrief geschrieben. Darin legte er überzeugend dar, dass Frühfranzösisch kein Hebel ist, um die Wirklichkeit zu korrigieren. Er schildert, dass sein Sohn in der Rekrutenschule mit Kameraden aus anderen Landesteilen nicht Französisch oder Deutsch gesprochen habe, sondern Englisch – und dass der Zusammenhalt dennoch hervorragend gewesen sei. Aus ihrer Sicht kann daher das Argument des «nationalen Zusammenhalts» beiseitegelegt werden.

Ebenso liesse sich das Thema Deutschkompetenz ins Feld führen. Deutsch ist ein zentrales Grundlagenfach und solide sprachliche Grundlagen sind Voraussetzung dafür, überhaupt eine Fremdsprache erfolgreich zu lernen. Zumal Französisch bereits in der Primarschule dazu kommt. Zudem haben viele Kinder bereits eine andere Muttersprache.

Am 9. September 2025 wurde eine Befragung durchgeführt, an der neben Lehrpersonen auch Schülerinnen und Schüler sowie weitere beteiligte Gruppen teilgenommen haben – Anita Biedert hat selber ebenfalls teilgenommen. Am 3. Dezember 2025 findet dazu eine Validierungskonferenz statt. Anita Biedert versteht, dass man auf der Grundlage dieser Befragung über Verbesserungen nachdenken möchte. Sie fragt sich aber, was man denn überhaupt besser machen könnte. Eine Nivellierung nach unten? Mehr Französischlektionen – zulasten welcher Fächer? Andere Lehrmittel? Andere Möglichkeiten sieht sie nicht.

In der Motion wird auf die schlechten Französischleistungen am Ende der Primarschule und auf die Überforderung vieler Kinder verwiesen. Französisch ist eine schöne, aber komplexe Sprache, und gerade deshalb soll der Beginn des Unterrichts – wie in anderen Kantonen – auf die Sekundarstufe verschoben werden, wo das Sprachenlernen systematischer sowie erfolgs- und gewinnbringend erfolgen kann. Es geht ausdrücklich nicht um die Abschaffung des Französischunterrichts, sondern um dessen späteren Start. Ältere Schülerinnen und Schüler sind zudem eher in der Lage, an Austauschprojekten mit Gleichaltrigen aus der Romandie teilzunehmen, was den Lernerfolg zusätzlich steigern kann.

Die Motionärin hält an ihrer Motion fest – aber nicht zuungunsten des Französischunterrichts. Doch Aufwand und Ertrag stimmen in der Primarschule nicht, und die Belastung der Kinder ist zu hoch. Eltern berichten Anita Biedert immer wieder, wie mühsam das zusätzliche Lernen zu Hause sei und dass sie froh wären, man würde das Frühfranzösisch verschieben.

Mit Blick auf die Antwort des Regierungsrats ist davon auszugehen, dass ihr manche raten würden, mit ihrer Forderung abzuwarten. Anita Biedert hingegen möchte einen «Schnitt machen» und nicht weiter auf ungewisse Verbesserungen hoffen. Eine Verschiebung des Französischunterrichts um ein oder zwei Jahre in der Primarschule genügt nicht; Anita Biedert verfolgt stattdessen dieselbe Zielsetzung wie die anderen erwähnten Kantone: Französisch aufgrund seiner Komplexität auf die Sekundarstufe zu verlegen.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erinnert daran, dass der Kanton seit 2023 am Thema Frühfranzösisch arbeite. Basel-Landschaft ist der erste und bislang einzige Kanton, der eine Auslegeordnung vorgenommen hat. Wie bereits erwähnt, wurde zudem in den Kantonen Basel-

Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn eine umfassende Befragung durchgeführt. Man befindet sich nun auf einem guten Weg und verfügt über eine solide Grundlage, um aufgrund qualifizierter Rückmeldungen Entscheide zu fällen; und nicht nur aufgrund von Einzelmeinungen. Befragt wurden Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen, Schulleitungen und weitere Beteiligte.

Wie erwähnt findet am 3. Dezember 2025 die Validierungskonferenz statt, an welcher der Bericht vorgestellt und gemeinsam diskutiert wird. Jede Fraktion ist eingeladen, daran teilzunehmen und sich direkt zu informieren. Der Schlussbericht wird Ende Jahr vorliegen. Der Landrat sei eindringlich gebeten, diesen Bericht abzuwarten, bevor eine Motion überwiesen wird, die den zukünftigen Handlungsspielraum voreilig einschränken würde. Es wäre bedauerlich, durch eine Überweisung bereits Fakten zu schaffen, bevor die Ergebnisse diskutiert werden können.

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) hat Ende Oktober einstimmig eine Erklärung verabschiedet, die Ziele und den Lehrplan zu prüfen sowie zu klären, welche Flexibilisierungsmöglichkeiten das HarmoS-Konkordat erlauben würde. Das hört sich vielleicht nicht nach viel an, war aber ein grosser Schritt; insbesondere, weil auch die französischsprachigen Kantone überzeugt werden mussten, dass es sich nicht um einen Angriff auf das Französisch oder den nationalen Zusammenhalt handelt, sondern um eine Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten, damit im Französischunterricht letztlich mehr erreicht werden kann. Regierungsrätin Monica Gschwind ist zufrieden mit dieser Entscheidung, da man damit sicherstellt, dass die Steuerung weiterhin bei den Kantonen bleibt und ein Eingreifen des Bundes verhindert wird, der den Kantonen vorschreiben würde, wie mit dem Thema Fremdsprachen umzugehen ist.

Vor diesem Hintergrund ist vor einer Überweisung der Motion zu warnen. Diese würde das Signal aussenden, der Kanton wolle dem laufenden Prozess keine Chance geben und er strebe erneut einen Sonderweg an – was den Bundesrat womöglich zusätzlich dazu motivieren könnte, einzugreifen. Der Landrat sollte stattdessen abwarten: Erst kommt die Validierungskonferenz, Ende Jahr liegt der Schlussbericht vor, anschliessend haben Landrat und Bildungsrat eine solide Grundlage, um gemeinsam über die bestmögliche Lösung für Basel-Landschaft zu beraten. Erst auf dieser Basis kann man entscheiden, welches Vorgehen auf nationaler Ebene sinnvoll wäre, damit die Ziele erreicht werden können.

Wird die Motion hingegen jetzt überwiesen, wäre das ein Zeichen für den Bundesrat, einzugreifen. Basel-Landschaft braucht das nicht, denn der Kanton übernimmt in der Schweiz eine Vorreiterrolle und hat dank der Evaluation des Fremdsprachenkonzepts als erster Kanton eine fundierte Entscheidungsgrundlage.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) eröffnet ihren Beitrag auf Französisch und weist darauf hin, dass man sich erneut gegen Bestrebungen zur Abschaffung des Frühfranzösischunterrichts an der Primarschule verteidigen müsse (*«une fois de plus, nous devons nous défendre contre l'abolition du français à l'école primaire»*). Diese Hartnäckigkeit sei ärgerlich, nervenaufreibend und gefährlich (*«cette obstination est agaçante, énervante et dangereuse»*). Anschliessend fährt sie auf Deutsch fort und stellt die Frage, ob man sich überhaupt überlegt hat, warum das Frühfranzösisch teilweise schlecht abschneidet. Mit drei Wochenlektionen kommt man schlicht nicht weit; ein echtes «Sprachbad» ist auf diese Weise unmöglich. Das Fach muss ganz anders ressourciert werden. Eine Möglichkeit wäre, den Sportunterricht auf Französisch durchzuführen, um die Kontaktzeit mit der Sprache zu erhöhen. Ebenso ist es unerlässlich, dass grundlegende grammatikalische Strukturen vermittelt werden – gewisse Wörter und Verbkonjugationen müssen zwingend gelernt werden. Partnerschulen in der Romandie können das Erlernen des Französischen zusätzlich erleichtern und bereichern. Zudem ist zu klären, ob eine Primarlehrperson tatsächlich alle Fächer unterrichten muss. Es wäre durchaus prüfenswert, Französisch durch Fachlehrpersonen vermitteln zu lassen. Vor dem Hintergrund des ständigen «Französisch-Bashings» stellt sich die Frage, wer unter solchen Bedingungen überhaupt noch Französisch studieren und unterrichten

möchte. Das ständige Schlechtreden schadet der Sprache selbst.

Man überlege sich, welches Bild der Kanton Basel-Landschaft bei einer Überweisung der Motion in den französischsprachigen Landesteilen abgeben würde. Eine Nicht-Landessprache einer der wichtigsten Landessprachen vorzuziehen, ist für Béatrix von Sury ein Zeichen mangelnden Respekts vor den Nachbarn, die sich nämlich Mühe geben, Deutsch zu sprechen, auch wenn es ihnen vielleicht sehr schwerfällt. Die Romands wollen nämlich am Deutschunterricht in der Primarschule festhalten, trotz eigener Schwierigkeiten – aus Respekt. Zudem sei – wie von der Bildungsdirektion bereits ausgeführt – davor zu warnen, den Bund durch kantonale Alleingänge zu einem Eingreifen zu veranlassen.

Im HarmoS-Konkordat ist vereinbart, Französisch auf Primarstufe zu unterrichten. Möchte man dieses Konkordat nun aufkündigen? Eine einfache Lösung bestünde aus Sicht der Mitte-Fraktion darin, Englisch auf die Sekundarstufe I zu verschieben.

Die EDK hat sich erst letzte Woche klar dazu bekannt, die Ziele und Rahmenbedingungen zu prüfen. Die Mitglieder der EDK betonten, dass die Schweiz als Willensnation in ihren nationalen Zusammenhalt investieren müsse. Ein früher Kontakt mit einer zweiten Landessprache sei wichtig. EDK-Präsident Christophe Darbelley erklärte, dass diese Position ein deutliches Zeichen der Bildungsdirektorinnen und Bildungsdirektoren an die kantonalen Parlamente sei. Man sei sich einig, dass man nicht alles über Bord werfen darf.

Die Mitte-Fraktion ist bereit, ein Postulat einstimmig zu überweisen, um die Auslegeordnung abzuwarten. Eine Motion würde sie höchstens teilweise unterstützen. Nach dem Appell der Bildungsdirektorin hofft die Rednerin jedoch, dass jene, die sich bislang für eine Motion ausgesprochen haben, auf ein Postulat umschwenken und die Motion nicht überweisen.

**Anita Biedert** (SVP) hält fest, dass sie mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit ihre Motion in ein Postulat umwandeln werde. Die Debatte ist weitgehend geführt, und es ist deutlich geworden, dass ein Postulat von fast allen unterstützt wird.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) fragt, ob jemand gegen die Überweisung als Postulat sei.

**Ernst Schürch** (SP) erinnert daran, dass der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zur Motion dargelegt habe, wie umfassend die vielfältigen Fragen rund um die Fremdsprachen derzeit geprüft und diskutiert werden. Wie Regierungsrätin Monica Gschwind bereits ausgeführt hat, hätte die Motion verlangt, dass Französisch künftig nur noch auf der Sekundarstufe unterrichtet werden soll. Mit einer Überweisung der Motion wäre somit die Schlussfolgerung bereits vorweggenommen worden, noch bevor der Bericht zum Fremdsprachenkonzept vorliegt. Aus diesem Grund hätte die SP-Fraktion eine Motion geschlossen abgelehnt. Beim nun vorliegenden Postulat ist die Fraktion jedoch nicht mehr einheitlicher Meinung. Eine kleine Minderheit würde das Postulat überweisen, eine grosse Mehrheit lehnt es jedoch ebenfalls ab, da der angekündigte Bericht die notwendigen Antworten liefern wird und das Postulat aus ihrer Sicht somit nicht erforderlich ist.

**Rolf Blatter** (FDP) nimmt vorweg, dass die FDP den Vorstoss ablehne – sowohl als Motion als auch als Postulat. Dies soll in wenigen Punkten begründet werden. Der Redner persönlich hat eine grosse Affinität zur französischen Sprache, er lebte und arbeitete mehrere Jahre in der Romandie. Der Landrat hat dieses Thema bereits vor über zwei Jahren diskutiert und abgelehnt. Wie von Regierungsrätin Monica Gschwind ausgeführt, laufen derzeit schweizweit Abklärungen, weshalb es sinnvoll ist, deren Ergebnisse abzuwarten.

Gemäss Motionärin haben Kinder im entsprechenden Alter im Englischen ein deutlich besseres Lese- und Hörverständnis als im Französischen. Es ist deshalb widersprüchlich, gerade jenes Fach zurückzustellen, in dem der Bedarf an zusätzlicher Förderung eigentlich grösser wäre. Ein persönliches Beispiel: Seine eigenen Kinder haben bereits im Alter von drei und sechs Jahren in-

nert kürzester Zeit akzentfrei Französisch gelernt, allerdings im Rahmen eines vollständigen Sprachbads – und nicht lediglich während zweimal 40 Minuten Unterricht pro Woche mit einer Lehrperson, die allenfalls «contre coeur» Französisch unterrichtet. Indem Französisch erst ab der Sekundarstufe unterrichtet würde, liefe der Vorstoss auf eine Priorisierung von Englisch als erste Fremdsprache hinaus. Die FDP-Fraktion lehnt dies klar ab und somit auch den Vorstoss.

**Andrea Heger** (EVP) erklärt, dass Anita Biedert mit dem im Frühling erschienenen Auswertungsbericht zur Überprüfung der Grundkompetenzen 2023 (ÜGK) argumentiere. Dieser zeigt unbefriedigende Ergebnisse, woraus abgeleitet wird, den Französischunterricht zu verschieben. Als allerdings die ÜGK-Ergebnisse bei den Deutschkompetenzen schlecht waren, wurden Massnahmen zu deren Stärkung ergriffen – und nicht das Fach einfach nach hinten verschoben. Die Einführung des Frühfranzösisch im Rahmen des Fremdsprachenkonkordats hatte damals das hehre Ziel, die mündlichen Sprachkompetenzen zu stärken und die Mobilität innerhalb der Schweiz zu erleichtern. Schon damals haben Lehrpersonen grosse Skepsis gezeigt, weil die Ziele am Ende der Schulzeit nicht geändert wurden und man mit beiden Fremdsprachen gleich weit sein wollte. Die Umsetzung verursachte personell und finanziell aber enormen Aufwand ohne klar ersichtlichen Mehrwert. Es ist gut und nötig, dass es – angesichts einer solch grossen «Kiste» – nun eine saubere Auswertung gibt. Die aktuelle Situation ist schweizweit allerdings ein riesiges «Tohuwabohu», da verschiedene Kantone unterschiedliche Ansätze verfolgen. Basel-Landschaft sollte dieses Konfliktpotenzial nicht weiter verschärfen, da es bereits Andeutungen (zuerst vom damaligen Bundesrat Berset, nun von Bundesrätin Baume-Schneider) dafür gibt, dass der Bundesrat eingreifen könnte. Andrea Hegers «Wunsch in d’Nacht» wäre, dass der Bundesrat bitte rasch handelt, wenn er denn schon eingreifen muss. Denn der hohe Ressourcenaufwand durch die vielen Debattenstunden und das Hin- und Her wird immer mehr zum Problem. Ansonsten solle es der Bundesrat bitte bleiben lassen. Und das wäre gut, denn die Kantone möchten ihre Kompetenzen behalten. Der Fahrplan der Validierungskonferenz ist schon lange bekannt. Wenn nun, getrieben durch die starke Schule, derartige Vorstösse und Initiativen lanciert werden, hat das wohl nicht mehr viel mit Inhalt, sondern mehr mit Profilierungsbedürfnissen zu tun. Der Rednerin scheint, dass dabei auch Sturheit eine Rolle spielt. Heute in zwei Wochen und sechs Tagen findet die Validierungskonferenz statt, an der eine breite Diskussion möglich ist. Daher ist es unsinnig, jetzt weitere Vorstösse einzureichen. Die Motion wurde nun zwar in ein Postulat umgewandelt, allerdings könnte man sogar auf das Postulat verzichten. In der Grüne/EVP-Fraktion wird es ungefähr zu gleichen Teilen Annahmen, Ablehnungen und Enthaltungen geben.

://: Mit 39:27 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Vorstoss, auch nach der Umwandlung in ein Postulat, abgelehnt.

---